

Nein zu ESM und zu Fiskalpakt

Wir brauchen ein soziales Europa für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Am 29. März 2012 hat die Regierung Merkel den ESM (»Europäischen Stabilitätsmechanismus«) und den untrennbar damit verbundenen »Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion« (VSKS), den sog. Fiskalpakt, in den Bundestag eingebracht. Am 25. Mai sollen sie voraussichtlich verabschiedet werden.

Dafür braucht sie die Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Der zunächst 500-milliardenschwere ESM zur Bedienung der Anforderungen der Finanzmärkte steht faktisch außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle und ist beliebig erweiterbar. Im Namen der „Stabilitätshilfe“ diktiert der ESM „strenge Auflagen“, wie die sog. Griechenlandhilfe, die das griechische Volk zu einem in der europäischen Nachkriegsgeschichte einmaligem Sozialkahlschlagprogramm verurteilt. Der ESM übernimmt für Europa das Schema des IWF mit seinen „Strukturanpassungsprogrammen“, d.h. Privatisierungen, Lohn- und Rentenkürzungen, tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, in das Tariffrecht und in die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, wie wir es sonst nur aus den Ländern der sog. „dritten Welt“ kennen.

Der Fiskalpakt bedeutet die Einführung und Verschärfung der Schuldenbremse in ganz Europa. Er verlangt nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt (wie die Schuldenbremse im Grundgesetz), sondern dass bei einem Schuldenstand von über 60% (gemessen am

BIP) jährlich 5% der Differenz zu 60% abgebaut werden müssen. **Für Deutschland bedeutet dies zusätzliche Kürzungen von ca. 30 Mrd. Euro jährlich – dies entspricht knapp einem Drittel aller öffentlichen Ausgaben für Bildung und Forschung!**

Ein Loch von 8,7 Mrd. Euro reißt die 1. Rate für den ESM in den Haushalt von 2012. Dafür will Schäuble tief in die Sozialkassen greifen und 5 Mrd. Euro bei den Arbeitsmarktausgaben, den Renten und Krankenkassen sparen.

Der GEW lehnt es grundsätzlich ab, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Krise und Staatsverschuldung zahlen sollen, die sie in keiner Weise verantworten. Wir verurteilen die ökonomisch und sozial schädlichen Sparauflagen gegen Arbeitnehmer/innen Europas, die diesen aufgezwungen werden, um die Forderungen der Banken und Finanzanleger zu bedienen, und fordern ihre Rücknahme.

Wir fordern:

- Hände weg von der Tarifautonomie
- Keine Kürzung von Mindestlöhnen in Griechenland und überall in Europa
- Reichtum umverteilen! Für eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen
- Banken und Finanzwirtschaft regulieren und öffentlich kontrollieren Demokratie statt Herrschaft der Technokraten



Wir rufen deshalb alle Bundestagsabgeordnete und die Landesregierung auf:
Stimmt mit Nein zu ESM und Fiskalpakt



Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf:
Kommt alle zur Kundgebung am 15. Mai 2012 um 17 Uhr auf dem Stuttgarter Schlossplatz